Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2026 in der Stadtverordnetenversammlung vom 05.10.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wofür stehen wir Grüne in Neckarsteinach?
Wir würden sagen: in erster Linie für Bürgernähe, vernünftigen Umgang mit den Mitteln der Bürger und der Umwelt.
Klar, bei Grünen denkt man grundsätzlich an den Erhalt von Natur, an alternative Energien, an Klimaschutz, an schonenderen Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen, an Radwege, an sichere Schulwege, kurz an eine sinnvolle Nutzung unserer natürlichen Umgebung, zum Erhalt unserer Lebensgrundlage.
Wie ist das in einer kleinen Gemeinde umsetzbar? Und was machen wir Grüne hier so?
In einer kleinen Gemeinde ist es sehr viel eher möglich, dem einzelnen Bürger Gehör zu schenken und deren Ideen einfließen zu lassen. Das tun wir. Es gibt aber auch Grenzen, bei denen genau abgewogen werden muß. Interessenskonflikte in Einklang zu bringen, ist unserer Meinung nach eine grundsätzliche Aufgabe der Stadtverordneten. Wir sind mit den Finanzen aller Bürger betraut und dies ist eine große Verantwortung. Sich die Frage zu stellen, was würde ich tun, wenn das mein Geld wäre, nimmt dabei eine Schlüsselposition ein. Die nächste Frage ist, welchen Bürgern die Maßnahme dient. Im Idealfall wäre die Antwort: Allen. Das wird natürlich nie der Fall sein und so müssen wir abwägen, wie vielen Bürgern in Neckarsteinach welche Maßnahmen zu gute kommen. Je mehr, desto besser. Je weniger, desto kritischer müssen wir eine Maßnahme betrachten. Noch kritischer, wenn große Nachteile in anderen Bereichen entstehen, also z.B. natürliche Lebensräume eingeschränkt werden, die sich nachteilig auf unsere Umwelt auswirken oder aber auch, wenn unnötige, überhöhte Ausgaben zu zukünftigen Mehrbelastungen der Bürger führen. Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Verringerung der künftigen Aufwendungen wichtig. Eine getroffene Entscheidung muß für uns nachvollziehbar begründet sein. Im Haushaltsplan werden viele Einzelinteressen zusammengeführt. Diese in Einklang zu bringen, sehen wir als unsere Aufgabe.
Ein Beispiel ist, wenn im Bauhof mehr Fahrzeuge als Mitarbeiter vorhanden sind, muß der Status quo nicht erhalten, sondern verringert werden. Eine Überlegung der Verwaltung, in naher Zukunft ein derzeit achtjähriges Fahrzeug, das keine größeren Reparaturen hinter sich hat und für sein Alter keine überdurchschnittliche Kilometerleistung aufweist gegen ein Neufahrzeug abzulösen ist nicht nachvollziehbar. Der „Tausch“ würde Mehrkosten in Höhe von ca. 150.000€ erzeugen. Wozu? Die von uns in der Haushaltsberatung beantragte und von der Verwaltung zugesagte Liste der bisher an diesem Fahrzeug ausgeführten Reparaturen, wurde den Stadtverordneten nicht vorgelegt.

Den Grünen vorzuwerfen, wir würden uns nicht für Klimaschutz einsetzen, weil wir die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten nicht unterstützen, läßt unsere Argumente für die Streichung der Stelle bewußt weg. Wir bekamen keine Mehrheit, als wir beim Neubau des Kindergartens eine Zisterne gefordert hatten, die der Bewässerung des Sportplatzes zugute gekommen wäre, Wasser gespart hätte und der Stadt Kosten gesenkt. Daß aufgrund rechtlicher Bestimmungen zum Hochwasserschutz letztlich eine Durchlaufzisterne gebaut werden *mußte*, um auf den Dachflächen anfallendes Regenwasser verzögert in die Steinach abzuleiten, die *genauso teuer* war, wie die von uns geforderte Zisterne hat die Ablehnung unserer nutzbaren Zisterne ad absurdum geführt.
Ebenso erhielten wir keine Mehrheit, die Straßenlaternen mit einer Dimmung auszustatten, die der Stadt schon über Jahre eine Ersparnis von mindestens 30% bis 50% erbrachte hätte. Bei den heutigen Stromkosten würde sich das auf die jetzt eingeplanten Haushaltsmittel enorm auswirken. Den Nutzen für die Insekten und Tierwelt nicht zu vergessen.

Bevor wir also an eine weitere finanzielle Belastung für die Bürger durch zusätzliche Personalkosten denken, wären zuerst Maßnahmen umzusetzen, die offensichtlich machbar sind und dem Klimaschutz dienen. Daß

man Mehrheiten zur Umsetzung braucht, gilt übrigens auch für Maßnahmen, die ein Klimaschutzbeauftragter vorschlagen würde.
Wir sind daher der Meinung, erst wenn wir alle Maßnahmen, ausgeschöpft haben, die aus unseren eigenen Überlegungen kommen, wäre über die Stelle neu zu entscheiden.

Der Beschlußvorschlag zur Streichung dieser geplanten Stelle im diesjährigen Haushalt war außerdem damit gekoppelt, mit der Stadt Hirschhorn über eine gemeinsame kommunale Wärmeplanung zu sprechen. Das hätte Geld sparen können. Der Beschluß wurde seitens der Verwaltung bis heute nicht umgesetzt. Da Hirschhorn dabei ist, externe Angebote einzuholen, wird in kürzester Zeit der Punkt für Gespräche verpasst sein.

Im Allgemeinen läßt der Informationsfluß an die Stadtverordneten sehr zu wünschen übrig. Die Grundlage für unsere Entscheidungen ist daher oft sehr begrenzt. Die Verantwortung für alle geldwerten Entscheidungen der Gemeinde hat als oberstes Organ die Stadtverordnetenversammlung. Seit dem letzten Jahr im September haben die Stadtverordneten trotz mehrfacher Bitten und Betonung der Wichtigkeit, salopp gesagt, so gut wie keine Informationen über die „Kontostände“ erhalten. Begründet wurde dies mit der außergewöhnlichen Personalsituation in der Finanzabteilung. Das mag alles schwierig sein, aber wie sollen wir entscheiden, wenn wir gar nicht wissen über was? Wer solange von seiner Bank privat keine Kontoauszüge bekommen würde, würde nur das Nötigste ausgeben. Man weiß ja, nicht, was kommt. Gleichzeitig muß die Verwaltung aber einen Stand über alles das haben, was sie innerhalb des Jahres macht, also wieviel Geld sie eingenommen hat, wieviel und vor allem für was es ausgegeben wurde. Mit den sogenannten Quartalsberichten ist eine gesetzliche Verpflichtung verankert, damit die Stadtverordneten auf dem Laufenden sind und danach ihre weiteren Entscheidungen ausrichten. Aber selbst diese rudimentäre Grundlage wird den Stadtverordneten seit einem Jahr nicht geliefert. Daß daneben viele Anfragen der Stadtverordneten oft unvollständig, zögerlich oder oft auch einfach gar nicht beantwortet werden, kommt erschwerend hinzu Wir haben den Eindruck, die Verwaltung empfindet es als Angriff, wenn Dinge hinterfragt werden, Maßnahmen gestrichen oder gekürzt werden. Wie aber könnte ein Controller in einem Wirtschaftsbetrieb je seine Arbeit machen? Wie ein Aufsichtsrat seinen Kontrollpflichten nachkommen? Wozu bräuchte man überhaupt ein Kontrollgremium, wenn sowieso alles immer „alternativlos“ ist? Es ist Aufgabe der Verwaltung, die Daten zusammenzustellen, Aufgabe des Magistrates, diese zu prüfen und an die Stadtverordneten zu geben und Aufgabe der Stadtverordneten, dieses Werk erneut zu prüfen und von einer anderen Seite zu betrachten und die Interessen zugunsten aller Bürger in Einklang zu bringen.
Als problematisch sehen wir, wenn jahrelang gleiche Posten immer wieder auftauchen, ohne daß diese Projekte begonnen werden. Nehmen wir z.B. den barrierefreier Zugang zum Dorfgemeinschaftshaus Neckarhausen. Einen solchen Zugang finden wir wichtig, aber er steht schon jahrelang unverändert im Haushalt. Bei den Beteiligten wird der Eindruck erweckt, das Projekt würde bald begonnen. In Wirklichkeit scheint es eine „Absichtserklärung“ für eine nicht näher definiert Zukunft. Das zukünftige, neue Feuerwehrauto befand sich mehrere Jahre im Haushalt, ohne je bestellt worden zu sein.
So gibt es viele Posten, die seit Jahren durchgeschleppt werden, aber keinen konkreten Beginn haben – oder jedenfalls von keinem, der uns mitgeteilt wird. Eine schon länger geforderte genaue Auflistung zum Stand von Planungen von Investitionen und deren Umsetzung wurde uns in den diesjährigen Haushaltsberatungen zugesichert. Bekommen haben wir sie nicht. Genausowenig wie die Inventarliste des Bauhofes, wo jedes Jahr tausende von Euro als durchlaufende Posten erscheinen. Zur von der Kommunalaufsicht richtigerweise geforderten Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit gehört, dass man nicht für jede Eventualität einen wie auch immer gearteten Puffer einbaut, sondern wahrheitsgemäß objektiv niederlegt, was in einem Jahr wirklich erledigt werden *kann.*
Bei uns besteht deshalb seit Jahren der Eindruck, im Haushaltsplan werden überhöhte Spielräume eingebaut. Dies bestätigt auch der vom Revisionsamt geprüfte Jahresabschluß 2023, wo massive Rügen erteilt wurden. Seit letztem November liegt der Verwaltung der geprüfte Abschluß vor, die Einladung zur Erläuterung der Ergebnisse an das Revisionsamt erging aber erst vor ca. 3 Wochen zum 09. November . Die Prüfberichte geben den Stadtverordneten wesentliche Anhaltspunkte für die Handhabung der Haushaltsführung der Verwaltung. Sinnvollerweise wären diese vor Beschlußfassung über den Haushalt zur Beratung an die Stadtverordnetenversammlung zu geben gewesen.

Die Entgegnung, man habe „Personalprobleme“ ist nicht nachvollziehbar. Es war relativ frühzeitig im Jahr bekannt, dass der Leiter der Finanzabateilung längerfristig ausfallen würde. In allen anderen Bereichen hat Neckarsteinach zum größten Teil sogar mehr Mitarbeiter, als die Stadt Hirschhorn, die damit gut zurecht kommt.
Auch in Hirschorn wurden im Haushalt 2026 bei den Sach-und Dienstleistungen für nicht vertraglich gebundene Aufwendungen Kürzungen in Höhe von 30% , immerhin 600.000€ vorgenommen. Dieser Haushalt wurde ohne Probleme genehmigt. Warum in Neckarsteinach Kürzungen in ähnlicher Höhe nicht umsetzbar seien, sogar als „nicht genehmigungsfähig“ bezeichnet werden, ist nicht nachvollziehbar. Wir bedauern, dass wir bei der Formulierung zur Kürzung im Beschlußvorschlag im HFA vor der Sommerpause vergessen hatten zu erwähnen, dass nur vertraglich nicht gebundene Leistungen gekürzt werden können. Das hatten wir als gegeben vorausgesetzt, eine Klärung wäre auf Nachfrage schnell und unkompliziert machbar gewesen.

Ein uns sehr wichtiges Thema ist eine fortwährende Zusammenlegung der Verwaltungen mit Hirschhorn. Aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit des Leiters unserer Finanzabteilung eröffnet sich jetzt eine einmalige Gelegenheit der Zusammenlegung der beiden Finanzabteilungen. Der Beschluß wurde vor einigen Monaten mehrheitlich gefaßt, über ein Treffen der Magisträte oder sonstige Gespräche mit Hirschhorn, wurde den Stadtverordneten bisher nichts mitgeteilt. Wir werden hier dranbleiben und immer wieder die Umsetzung des Beschlusses einfordern, denn das würde einen erheblichen geldwerten Vorteil für Neckarsteinach und Hirschhorn bringen.

Ein großes Thema war das hohe Verkehrsaufkommen in der Lessingstraße aufgrund des Abhol- und Bringverkehrs zur Schule. Wir bemühen uns seit Langem um Lösungen. Die Verkehrssituation ist gleichbleibend schlecht. Nicht nur die Anwohner leiden unter der Situation, auch zu Fuß zur Schule gehende Kinder wie eine von uns gestartete Umfrage zur Schulwegsicherheit gezeigt hat. Leider wurde unsere Anregung, z.B. verstärkt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen, bisher nicht umgesetzt.

Wir wollten mit der Umfrage herausfinden, warum viele Eltern die Kinder lieber mit dem Auto zur Schule fahren. Es stellte sich heraus, dass vor allem die Verkehrssicherheit auf dem Schulweg, also nicht nur vor der Schule, sondern durchgängig in Neckarsteinach als schwierig bewertet wird. Vor allem im Hirtweg wurden die auf dem Gehweg parkenden Autos genannt, aber auch die Unterführung, wo die Autos derzeit blind nach links auf den Hirtweg einbiegen, genau dorthin, wo die Kinder auf der Straße sind, weil der Gehweg gerade im unteren Bereich komplett zugeparkt wird. Auch hier fehlen offensichtlich Kontrollen, da oft dieselben Autos an immer denselben Stellen verkehrsgefährdend parken.

Interessanterweise ist genau dieser Bereich des Hirtweges derjenige, wo der ursprünglich geplante Radweg verlaufen sollte, als Lückenschluß zum Radweg nach Schönau, was die Schulwegsicherheit in diesem Bereich auf einen Schlag sehr verbessert hätte. Stattdessen brachte der Investor des Geländes der alten Lederfabrik die Idee auf, die Stadt könne im geschützten Uferbereich der Steinach einen Radweg anlegen. Mit der in Aussicht gestellten Schenkung des Radweggrundstückes an die Stadt, wird eine Nutzung des geschützten Uferbereiches während der Bauphase erst möglich gemacht, weil das öffentliche Interesse diesen Schutz aushebelt.
Den Stadtverordneten wurde versprochen, das Grundstück würde nach beschlossenen Bebauungsplan sofort übertragen. Nun aber soll es erst nach Fertigstellung des Bauprojektes an die Stadt gehen. Begründet wurde es damit, dass der Grundstücksteil des späteren Radweges während der Bauphase der Gebäude vom Investor zwingend mitgenutzt werden muß. Das bedeutet, die Stadt kann den Radweg an dieser Stelle voraussichtlich vor 2030 gar nicht beginnen. Falls das Bauprojekt scheitert, wäre der Radweg nicht machbar, da das Grundstück weiter im Besitz des Investors oder eines Rechtsnachfolgers bleibt und nicht der Stadt gehört. Die Planungskosten wären verloren. Das ist ein hohes Risiko.
Im Gegensatz zu der Variante am Hirtweg, ist der Radweg an der Steinach für fast ganz Neckarsteinach West keine Option, wenn Kinder zur Schule radeln wollen. Wer radelt vom Eichelberg den Hirtweg Richtung Schönau hinunter, überquert ungesichert die Schönauer Straße, fährt die Kirchenstraße entlang, um am Bahnhof die vielbefahrene Bundesstraße zu überqueren um zur Schule zu kommen?

Daher meinen wir, diese Variante dient vielmehr dem überörtlichen Radverkehr und dem Investor. Daneben kostet er das sechs bis zehnfache der Variante im Hirtweg und zerstört einen geschützten Uferbereich. Wer behauptet, der Radweg würde doch gefördert, die Kosten daher verkraftbar, darf gerne nachrechnen wie hoch der Eigenanteil einer 70%igen Förderung bei 500.000€ bei der Hirtwegvariante und wie hoch bei 3-4 Millionen € entlang der Steinach ist. Die Neckarsteinacher haben doppelt verloren: der Hirtweg bleibt weiterhin ein unsicherer Schulweg und die Kosten belasten den Haushalt um ein Vielfaches. Die Folgekosten wie z.B. zusätzliche Beleuchtung und Instandhaltung von Pumpen aufgrund der Hochwassersituation noch nicht eingerechnet. Die Natur wird unnötig zerstört und die Tierwelt gestört. Die Hochwassergefahr entlang der Steinach wird verschärft, was hinsichtlich der steigenden Anzahl der Starkregenereignisse umso schwerer wiegt. Das ist nicht im Sinne der Grünen.
Wir sind also nicht gegen Radwege, wie manch einer pauschal behauptet, sondern einfach für einen anderen, der mehr Vorteile für Neckarsteinacher Bürger hat.
Die Variante über den Hirtweg ist außerdem in überregionalen Planungsunterlagen schon seit Jahren eingetragen. Die damaligen Stadtverordneten hatten in ihren Beschlüssen die positiven Argumente gesehen. Aus diesem Grund wurde die Rampe zum Bachweg am Ende der Hirtwegunterführung gebaut. Die sollte die Anbindung an den Neckartalradweg sein. Das war gut.

Für eine Verbesserung der Verkehrssituation im Sinne eines sicheren Schulweges erarbeiten wir derzeit Vorschläge.

Abschließend muß man sagen, die Stadtverordneten wurden, auch bei diesem Haushalt wieder unter Zeitdruck gesetzt. Ein mit Hilfe fragwürdiger rechtlicher Äußerungen aufgebauter Druck in der letzten Sitzung führte dazu, dass Teile des ursprünglichen Beschlusses zur Mittelkürzung mit knapper Mehrheit zurückgenommen wurden. Das bedauern wir außerordentlich.

Deshalb können wir dem jetzt vorgelegten Haushalt in dieser Form nicht mehr zustimmen.

Wir werden uns weiterhin für unsere Ziele einsetzen, versuchen Mehrheiten dafür zu bekommen, vernünftig mit den uns anvertrauten Geldern umzugehen und ein offenes Ohr für die Belange der Bürger zu haben. Wir möchten ausdrücklich alle Bürger auffordern uns anzusprechen, wenn ihnen etwas auf dem Herzen liegt. Leider können die Stadtverordneten nicht jedes Problem lösen, aber wir versprechen, wir setzten uns ein.

Ein Lichtblick: Der Einsatz von Herrn Schmidt für den Haushalt 2026 war eine wohltuende Verbesserung dessen, was wir seit Jahren gewohnt waren. Wir würdigen seinen Einsatz ausdrücklich.

Vielen Dank



i.V. Fraktion Bündnis 90 – Die Grünen
Silke Jooß
Fraktionsvorsitzende